

Verbot von Versandhandel verschreibungspflichtiger Medikamente im Zeitalter von E-Health und Digitalisierung untragbar

Berlin – Der Händlerbund e. V. kritisiert das von Bundesminister Hermann Gröhe geplante Verbot von verschreibungspflichtigen Medikamenten (Rx-Versand) und fordert den freien und fairen Wettbewerb zu stärken. Auf Verbote und Regulierung sollte verzichtet werden. Im Zuge des Urteils vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) am 19. Oktober 2016, welches die deutsche Preisbindung gemäß Arzneimittelpreisverordnung (AMPreisV) für ausländische Versandapotheken als unwirksam erklärte, fordern Bundesgesundheitsminister Gröhe, Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE und der Bundesrat ein Verbot des Versandhandels verschreibungspflichtiger Medikamente. „Der reflexartige Ruf nach Verboten schadet angesichts des demographischen Wandels vor allem Patienten in strukturschwachen Regionen. Im Zeitalter der Digitalisierung und dem geplanten E-Rezept steht ein Verbot des Versandhandels dem diametral entgegen“, sagt Florian Seikel Hauptgeschäftsführer des Händlerbund e. V. Durch den Komfort und die Diskretion sind Versandapotheken ein wichtiger Bestandteil der Digitalisierung des Gesundheitswesens in Deutschland. „Als Konsequenz des EuGH-Urteils sollte eine klare Deregulierung in Form einer Aufhebung der Preisbindung und nicht ein Verbot der gesamten Branche folgen“, so Seikel weiter.

Versandapotheken leisten einen wichtigen Teil zur flächendeckenden Versorgung des ländlichen Raumes. Neben der sicheren Versorgung bieten sie 24-Stunden Erreichbarkeit, umfassende und diskrete Beratung sowie digitale und individuelle Medikamentenpläne. Unerwünschte Nebenwirkungen aufgrund von Medikationsfehlern könnten durch die digitalen Medikationspläne vermieden werden.

Im Zeitalter der Digitalisierung und E-Health sind Versandapotheken die Schnittstelle zwischen Patient und Arzt. Mit der Entscheidung des EuGH, Preisnachlässe verschreibungspflichtiger Medikamente für ausländische Versandapotheken zu genehmigen, ergibt sich ein unfairer Wettbewerbsvorteil gegenüber deutschen Onlinehändlern. „Natürlich darf es nicht zu einer Diskriminierung inländischer Apotheken kommen, doch als Schlussfolgerung den Onlinehandel komplett verbieten zu wollen, ist nicht tragbar und zeitgemäß“, so Seikel. Ein Verbot stellt einen gravierenden und unverhältnismäßigen Eingriff in die freie Marktwirtschaft dar, bedroht die Existenz einer gesamten Branche und schadet letztendlich den Verbrauchern. Laut Kundenmonitor Deutschland 2015 zieht bereits jeder dritte Verbraucher in Deutschland den Kauf über das Internet dem Besuch der stationären Apotheke vor. „Verbote auszusprechen um den Wettbewerb zu kontrollieren ist nicht zielführend. In unserem Fachforum Apothekenversand arbeiten wir gerade deshalb derzeit an konstruktiven Vorschlägen zur Gestaltung des Marktes“, so Seikel weiter.

Über den Händlerbund e.V.

Als größter Onlinehandelsverband Europas ist der Händlerbund Sprachrohr und Partner der E-Commerce-Branche. Der Verband fördert den Austausch zwischen Händlern und Dienstleistern, um den digitalen als auch stationären Handel nachhaltig zu unterstützen und zukunftsfähig auszurichten. Durch die europaweite Interessenvertretung und Bündelung verschiedener Dienstleistungen gestaltet der Händlerbund mit seinen Mitgliedern und Partnern aktiv die Branche.

Ihre Ansprechpartner:

Florian Seikel, Hauptgeschäftsführer florian.seikel@haendlerbund.de
Chris Berger, Referent Public Affairs chris.berger@haendlerbund.de
Händlerbund e.V., Potsdamer Straße 7 | Potsdamer Platz,
10785 Berlin